

Krakauer Zeitung.

Nr. 293.

Mittwoch den 23. December

1863.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Krt., einzelne Nummern 9 Krt.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seiten für die erste Einrichtung 7 Mrt. für jede weitere Einrichtung 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einrichtung 30 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder übermittelt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner f. I. beginnende neue Quartal der

Krakauer Zeitung.

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1864 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Zubegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Krt. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Alerhöchster Entschließung vom 6. December d. J. die Enthebung des Krakauer Domherrn Anton Ritter von Nozowadowski von seiner bisherigen Funktion als Diözesanobmannschaft über dessen Anhänger in Gnaden zu genehmigen und an dessen Stelle für die genannte Funktion den dortigen Domkapitular Oswald Rusinowski zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Alerhöchster Entschließung vom 8. December d. J. den Kanzleivorsteher der Gesellschaft adeliger Frauen zur Förderung des Guten und Mitglied Andreas Blümmer in Auerstettung seines vielseitigen und verdienstlichen Werks zur Förderung wohltätiger Zwecke das goldene Verdienstkreuz allergründig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Alerhöchster Entschließung vom 7. December d. J. die Übernahme des Lehramtes der Anatomie an der Akademie der schönen Künste in Venezia durch den Primararzt am Bürgerhospital zu Venezia Dr. Michel Angelo Asson unter Beläßung in seiner gegenwärtigen Stellung allergründig zu genehmigen und bei diesem Anlaß demselben den Titel und Charakter eines Professors der genannten Akademie zu verleihen geruht.

Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den disponiblen f. f. Commissariatsrat Sigismund von Otolicsányi, den disponiblen f. f. Stuhrichter Adalbert Raffies v. Kisthal, die disponiblen Commissariatsräte Paul v. Mozzahayi und Moritz v. Neumann, ferner die königl. ungarischen Statthalterei-Concipitiven Franz Freiherrn v. Hems, Franz Grumm und Joachim Somlaky, letzteren extra statum, zu wirklichen Secretären der königl. ungarischen Statthalterei ernannt.

Stand der im Umlaufe befindlichen Münzscheine. Der Gesamtbetrag der zu Ende November d. J. im Umlauf befindlichen Münzscheine bestand in 7,156.114 fl.

Wien, den 20. December 1863.

Vom f. f. Finanzministerium.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 23. December.

Der Frankfurter Abgeordnetentag hat sich für eine Abtrennung der zu einander gehörigen Herzogthümer von Dänemark und Einsetzung des Herzogs von Augustenburg entschieden. Dieselbe hat sich dadurch in einen Gegensatz zu den Ausschauungen der europäischen Cabinets und der beiden deutschen Großmächte gestellt, welche, wie die neuesten Berliner Be-

richte (i. u.) besagen, energisch für die Rechte der Herzogthümer und speciell Schleswigs aber unter Wahrung der Integrität Dänemarks eintreten. Vorhand ist die Erklärung des Abgeordnetentages nur von theoretischem Werth, ein Symptom. Die Abgeordneten-Versammlung in Frankfurt hat keine legitime Competenz, allein der moralische Eindruck, welchen der Beschlüsse einer so großen Zahl durchaus nicht rechtfertigt hervorzubringen völlig geeignet,

kann auf die Beschlüsse der deutschen Regierungen von großem Einfluß sein und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Bundesversammlung, welche

den Executionsbeschluß ohnehin mit einer geringen Mehrheit faßt, bei der nächsten Abstimmung eine Mehrheit im Sinne der Beschlüsse der Abgeordneten-Versammlung bringen wird. In einem solchen Falle geräth Deutschland offenbar an den Rand einer Bundeskrise, welche schwerlich von ersprießlicher Wirkung für die Herzogthümer wäre, ja selbst die durch die Execution erreichbaren Vorteile gefährden kann.

Die Majorität der Bundesversammlung hat, da sie nicht die Macht besitzt, Österreich, Preußen und die mit denselben stimmende Minorität zur Unterwerfung unter ihre Beschlüsse zu zwingen, dann nur den Ausweg, sich zu einem Sonderbunde zu gestalten und die Durchsetzung derselben auf eigene Faust zu versuchen.

Es eröffnet die eine Perspektive auf unendliche Verwicklungen, deren größte darin bestünde, daß Preußen, den gerüchtige vorliegenden Amtungen zu folge, entschlossen sein soll, Front gegen die Majorität zu machen und einen Theil Deutschlands zu besetzen,

unter dem Vorwand, es seien die gegen Preußen stimmenden deutschen Cabinets von der Volksbewegung terroristirt. Ein Kasseler Corr. der „W.-Z.“ spricht

nämlich von der Absicht Preußens, eine Art von militärischem Gordon mitten durch Deutschland zu ziehen und Hannover und Kurhessen zu besetzen, um

der in Süddeutschland herrschenden Aufregung einen undurchdringlichen Damm entgegenzustellen. Das wäre der Bundeskrieg in optima firma. Diese Erwägung dürfte hinreichen, die deutschen Regierungen von den Bahnen des Abgeordnetentages fern zu halten.

Auch fragt es sich, ob die Herzogthümer selbst die Lösung der Frage in der von letzterem vorge schlagenen Art wünschen. Die Durchsetzung der Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg hält man dort für eine Trennung Holsteins von dem unbefrieditbar zu Dänemark gehörigen Schleswig und die ebenso unbefrieditbare Zusammengehörigkeit der beiden Herzogthümer nur bei einem gemeinsamen Verband mit Dänemark für denkbar.

An den österreichischen Gesandten in Berlin ist am 21. eine Depesche des Grafen Rechberg mit den dem Berliner Cabinet vorzulegenden Propositionen Österreichs bezüglich der nun Dänemark gegenüber zu ergreifenden weiteren Schritte eingetroffen. Die Propositionen lauten sehr energisch und verlangen, die Occupation Holsteins nur als Ausgangspunkt betrachtend, ernste Maßregeln zur Wahrung der Rechte Schleswigs, Annexionierung der von den Dänen soeben an der Eider errichteten Zollgränze.

Herrn v. Wydenbrück's Aufenthalt in Wien wird von verschiedenen Seiten jetzt anders aufgefaßt, als früher. Anfangs sagte man, daß der Genannte

im unmittelbaren Auftrage des Erbringen von Augustenburg gekommen sei, wogegen man neuerdings behauptet, daß derselbe im Namen der Leiter der großdeutschen Partei (zu welchen Hr. v. Wydenbrück selbst gehört) auf das Wiener Cabinet einzutreffen trachte. Das Letztere erscheint bei der präfären Stellung, in welche die großdeutsche Partei bei der gegenwärtigen Stellung Österreichs in der holsteinischen Frage gekommen ist, nicht unwahrscheinlich.

Die „Karlsruher Zeitung“ erklärt, daß die Beziehungen zwischen Wien und Karlsruhe nicht aufgeht haben, „freundschaftliche“ zu sein.

Wie aus München, 21. December gemeldet wird, hat Herr von Beust dort einen Plan zu einem gemeinsamen Vorgehen der Mittelstaaten angelegt. Herr von Beust dürfte von München auch nach Stuttgart gehen.

Nach Berichten aus Frankfurt wird König Marx von Bayern am Bunde die Initiative zur Anerkennung des Herzogs von Augustenburg ergreifen.

Es werden verschiedene Anträge vorbereitet: Die Besetzung Schleswigs wird beantragt werden. Eine rasche Folge von Bundestagssitzungen wird erwartet.

Nach Berichten aus Kopenhagen vom 18. d. ist die Stimmung im Agemeinen eine gedrückte, aber eben darum eine gefährliche. Dr. schwedische Gesandte L. Hamilton hat nun die definitive

Erklärung abgegeben, daß Schweden den Allianzvertrag nicht unterzeichnen könne. Noch deprimender wirkt die Presse, welche die drei noch immer auswesenden Specialgesandten ausüben. Nichtsdestoweniger erwartet man einen Zusammenstoß der dänischen Truppen mit den deutschen an der Eider, denn man

täuscht sich nicht darüber, daß diese es nicht bei der Occupation Holsteins bewenden lassen werden. Auch glaubt man, daß die Abberufung des österreichischen und preußischen Gesandten nicht mehr lange auf sich

warten lassen könne, und man ist auf den weiteren Gang der Ereignisse um so gespannt, als es sich nun entscheiden muß, ob weitere Regierung sich auf eine befreundete Macht stützen könnte. Ist dies nicht der Fall, dann bleibt gar nichts Anderes als Nachgiebigkeit übrig, denn ein tollköpfiges Versehen gegen einen Feind, dessen Übermacht im Voraus konstatirt ist, würde auch im Innern auf den heftigsten Widerstand stoßen.

Eine tel. Depesche des „Wiener Lloyd“ meldet aus Hamburg, 21. December: Berichten aus Kopenhagen zufolge rüstet sich der österreichische Gesandte am dänischen Hofe zur Abreise. Lord

Wodehouse kehrt morgen nach London zurück. Staatsrat Evers und General Fleury bleiben noch.

In Berlin ist die offizielle Anzeige von Seite Dänemarks gemacht worden, daß es seine Truppen vor den einrückenden Bundesstruppen zurückziehen werde. Doch sei damit noch nicht die Zustimmung verbunden, daß die Dänen auch den Brückenkopf von Friedrichstadt und das Kronwerk von Rendsburg räumen werden. Das wird aber als das allein Entscheidende angesehen.

Über die Situation in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit meldet dagegen die Berliner „B.-Z.“ aus bester Quelle: Daß die Dänen den deutschen Executionstruppen keinen Widerstand entgegensetzen, sich

vielmehr eventuell hinter die Eiderlinie zurückziehen werden, dürfte jetzt die Sache keineswegs mehr zum Ausstrahl bringen, da in letzter Zeit hier an maßgebender Stelle mehr und mehr die Verfassungsfrage von der Successionsfrage verdrängt und der Entschluß zum Rücktritt vom Londoner Protocoll als sehr nahe anzusehen ist. Diese der Augustenburger Erbfolge in den Herzogthümern günstige Strömung ist einesfalls durch am heutigen Hofe selbst thätige Einflüsse, andererseits durch die Rücksicht auf die Haltung der deutschen Mittelstaaten und die Besorgniß vor der aus dem bisherigen Verhalten Preußens drohenden Isolierung veranlaßt worden. Der Rückzug der Dänen aus Holstein dürfte daher durchaus keinen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge mehr ausüben, da es sich jetzt um die Zusammengehörigkeit Schleswig-Holsteins und die damit eng zusammenhängende Erbfolgefrage handelt.

Der hannoversche Baudecivilcommissär, Hr. v. Rieper war kürzlich in Dresden anwesend, und hat sich mit Herrn von Könneritz, dem sächsischen Civil-Commissär, persönlich wegen des Vollsuges ihrer gemeinsamen Aufgabe ins Einvernehmen gesetzt. Sie sind übereingekommen beim Einmarsch der Executionstruppen in Holstein eine Proclamation an die Bevölkerung zu erlassen. Die Commissäre werden im Namen des Bundes von der Regierung mit allen Befugnissen Besitz ergreifen. Die Commissäre werden nur jene Beamte im Amte behalten, welche sich der Bundesregierung fügen. Präsident v. Ratschen aus Weimar, ein geborener Schleswig-Holsteiner, wird die Commissäre nach Holstein begleiten und sie mit seinem Rathe unterstützen.

Aus Paris, 21. December, wird tel. gemeldet: Der Kaiser hat die Adressdeputation des Senats empfangen. Die Rede des Kaisers war sehr friedlich; Der Kaiser sagte: Ein Krieg in Europa wäre ein Bürgerkrieg.

Ein Telegramm der „Presse“ aus Paris 21. d. bringt folgende Mitteilungen: Die im widersprechendsten Sinne gemeldete dänisch-schwedische Allianz ist von Napoleon III. hintertrieben worden, welcher gegen dieselbe seinen ganzen Einfluß in Stockholm aufbot. General Fleury war beauftragt, mit größter Beschleunigung sich nach Kopenhagen zu verfügen. Berlin und Wien hat er nicht zu besuchen. — Die Nachricht, daß der Kaiser einen Agenten Friedrich's von Augustenburg empfangen habe, ist unbegründet. — Der Kaiser ist entschlossen, im Februar de Congrès zu fünf zu eröffnen. (Es wären das Frankreich, Italien, Schweden, Dänemark, Griechenland.)

Der pariser Correspondent der „K.B.“ schreibt: Die Existenz einer neuen Depesche des Grafen Rechberg, welche den von dem Kaiser Napoleon beantragten Congrès ablehnt, kann leicht zu einer irriegen Auffassung Veranlassung geben. Da die französische Regierung, nachdem sie einen Augenblick lang die Idee des Congresses hatte fallen lassen, dieselbe in beschränkterem Sinne wieder aufnahm und ein neues Mandatsschreiben zu diesem Zwecke erließ, von welchem eine Analyse bereits bekannt ist, so ist man versucht anzunehmen, daß die neue österreichische Depesche sich

Fenilleton.

— — —

Der Untergang der Wilhelmsburg.

Neber den gestern gemeldeten Untergang der „Wilhelmsburg“ sind wir in der Lage, noch einige Details nach den Mittheilungen von 4 Geretteten beifügen zu können. Dieselben haben sich am 28. November Nachmittags bei Stade eingeschiff. Das Wetter war am Montag, den 30. November, bis Donnerstag, den 3. December, ziemlich günstig. Am letzten Tag jedoch, wo sie in die Nähe von Terschelling kamen, wehte es sehr stark. Abends brach der Sturm mit großer Heftigkeit los. Jetzt wurden, um die Mannschaft nicht in Arbeiten zu hindern, ca. 300 Passagiere durch Zunageln der Luken in das Zwischendeck gesperrt. Als Beleuchtung hatten sie nur eine Laterne. An Austritt von Proviant wurde nicht gedacht. Die Situation der Leute, unter denen Frauen und Kinder, war in dem Toben der Wellen, dem Schaukeln des Schiffes, der gänzlichen Ungewissheit ihrer Lage natürlich eine verzweiflungsvolle. Gegen 2 Uhr Morgens erfolgte ein heftiger Stoß, welcher die ganze Gefahr vorgegenwärtigte. Brakland aus Twistringen und einige andere Passagiere suchten einen Weg aufs Deck und fanden eine kleine Nebenluke, durch welche der Zimmermann, um Werkzeug zu holen, als der Einbruch hinabgestiegen war, und welche er offen gelassen hatte. Hieltes Wassers erfolgte. Schon bis an den Leib in dem leb-

durch gelang es ihnen, nach oben zu kommen. Brakland bemerkte den Capitän Kroß, welcher eben Befehl gab, die Masten zu kapten, und klammerte sich instinctiv an dessen Rockschöße an. Bald nachher befahl der Capitän, ein Boot auszusetzen, worauf der Steuermann erwiderte: „Ich Gott, dat helpt uns ja doch nix mehr.“ Der Capitän schwieg einen Augenblick, sah umher und sagte dann ruhig: „Wir sind verloren.“ Auf dieses Wort ließ Brakland ihn los und lief mit einem Matrosen nach der Kajüte des Steuermanns. Wohl in der Hoffnung, daß das Tageslicht und verlangen, die Occupation Holsteins nur als Ausgangspunkt betrachtend, ernste Maßregeln zur Wahrung der Rechte Schleswigs, Annexionierung der von den Dänen soeben an der Eider errichteten Zollgränze.

Herrn v. Wydenbrück's Aufenthalt in Wien wird von verschiedenen Seiten jetzt anders aufgefaßt, als früher. Anfangs sagte man, daß der Genannte

durch gelang es ihnen, sich durch eine schmale Deffnung, welche durch ein losgebrochenes Brett in der Luke entstanden war, aufs Deck zu retten. Sie meinen, daß Alle im Zwischendeck befindlichen innerhalb 5 Minuten ihren Tod gefunden haben. Krämer war hier noch Zeuge eines erschütternden Vorfalls. Als der Stoß erfolgte, sprang eine Frau, nur mit einem Unterrock bekleidet, ihr neugeborenes Kind an die Brust drückend, aus der Kajüte. Gleich darauf legt das Schiff sich auf die Seite. Das Kind entgleitet ihr und stürzt durch die Linke, durch welche die Ladung in den unteren Raum geschafft wird, in diesen hinab. Mit einem furchtbaren Schrei sucht die Frau es zu haschen, wird aber selbst hinuntergeschleudert und beide ertrinken in dem inzwischen mit Wasser gefüllten Raum. Hohndorf kletterte auf den Bugspriet, wo etwa 25 Mann sich angelammt hatten. Drei seiner Unglücksgefährten wurden hier durch einen Balken an seiner Seite zerstört. Der Bugspriet fing an, zu senken und H. suchte einen neuen Halt an einem Tau, wo er drei Stunden inmitten der Sturzsee hing. Krämer warf sich in das auf dem Deck stehende große Boot, andere mit ihm. Alle lagen lang ausgestreckt über einander, so daß H. um nicht erdrückt zu werden oder zu ersticken, starben dort in voller Ergebung. Auf die Aufforderung der nachstehend Genannten, sich aufs Deck zu retten, antworteten sie, daß sie auf ihrem Lager sterben wollten. Carl Hohndorf aus Magdeburg und Rudolph Krämer aus Ratisbona hatten sich an der Treppe aufgestellt, als der Einbruch im Gesichte, als Leiche auf dem Deck.

Zwischen 9 und 10 Uhr etwa versuchte man das große Boot flott zu machen. Das darin befindliche Leck wurde bestmöglich mit Seug verstopt und das Boot von den Matrosen befestigt. Die Passagiere trieb man, als sie sich mit hineindringen wollten, mit Gewalt, durch Rüderschläge und Misshandlungen aller Art zurück. Nur die einzige überlebende Frau wurde mitgenommen. Auf dem Brack blieben von der Mannschaft nur der Steward und zwei Jungen. Das Wetter war nach und nach besser geworden, allein umsonst hoffte man auf die Rückkehr des Bootes. dasselbe lag, den zurückgebliebenen sichtbar, am Strand; man sah die Matrosen hin und her gehen und in einem dorthin gespülten Deckhäuschen es sich bequem machen, aber um das Brack und die Passagiere kümmerte sich Niemand. Letztere harren aus bis 4 Uhr Nachmittags, dann suchten sie ein auf Bord befindliches kleines Boot, dessen Hinterhöhlung abgebrochen war, zurechtzimmern, was ihnen einigermaßen gelang. Sie ließen es ins Wasser, befestigten ein Tau daran, um es zurückziehen zu können falls es nicht tragbar sich erweise und der Deckunge Juan sonderte mit einer Stange die Tiefe des Wassers. Da fand sich denn, daß dieselbe nicht über 3 bis 4 Fuß betrug, weshalb Alle, zwei gänzlich erschöppte Passagiere ausgenommen, ans Land gingen, das nur circa 50 Schritte entfernt war. Die Matrosen ruhten in dem erwähnten Deckhäuschen, wehrten aber den andern Geretteten den Zutritt, den sie erst mit Gewalt sich erzwingen mußten, um einige Augenblicke in's Trockne kommen zu können. Hierbei, wie überhaupt, stand ein dänischer Schiffsjunge den

auf diesen letzteren Vorschlag bezieht. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die Depesche des Grafen Rechberg ist eine nachträgliche zweite Antwort Österreichs auf den ersten Congress-Vorschlag und lehnt auf den englischen Standpunkt sich stellend, diesen Vorschlag definitiv ab. Es ist auf den ersten Augenblick unerklärlich, warum, da doch schon die erste Antwort Österreichs einen sehr bestimmten Charakter hatte, das wiener Cabinet nach sechs Wochen noch eine neue Antwort für nötig hielt. Dem formalen Gangen nach hängt diese Angelegenheit wahrscheinlich so zusammen, daß Frankreich der österreichischen Regierung vorbereitet wird und daß man den Entschluß gefaßt hat, in den ersten Monaten des nächsten Jahres etwas gegen Venetien zu unternehmen. Wir haben Grund anzunehmen, daß das Cabinet der Tuilerien von diesem Vorhaben, welchem die Mission des Grafen Paolini nicht fremd sein soll, vollkommen unterrichtet ist.

Die offiziöse „La France“ begleitet diese Angaben

mit folgenden sehr bezeichnenden Worten: „Sollte sich

Italien neuerdings in derartige Abenteuer stürzen, so könnte man kaum Worte finden, um es mit genügen

der Strenge zu tadeln. Was Frankreich anbelangt,

welches die Notwendigkeit allgemeinen Friedens und

allgemeiner Ruhe tiefer empfindet als je zuvor, so

kann man versichert sein, daß es gegen diese Politik

eines unsinnigen Krieges Protest erheben müßte.

Es kann sich nicht durch die Ungeduld eines Volkes

mitfortzusetzen lassen, welches die Freiheit und Ver-

größerung, die ihm gewährt worden sind, wahrlich

nicht mit warmer Dankbarkeit erwidert.“

Der „Temps“ meldet: „Es scheint, daß in Folge

von Winken, die man in Turin erhalten hat, und

welche, so sagt man uns, gleichzeitig einen politischen

und finanziellen Charakter tragen, man sich weniger

entschlossen zeigt, die Gefahren eines bewaffneten

Angriffs gegen die österreichischen Besitzungen in

Benetien zu wagen.“

Der nächsten Recruting aufgefordert werden. Diefen, ob die „angeblich“ getilgten Obligationen aufgegrüßt wird. Unter außerordentlichen, lange andauerndem Jubel wird der Antrag

„Die Versammlung im besonderen Hinblick auf die

Schleswig-Holstein Angelegenheit — hält es für ihre Pflicht,

für das wohlgegründete, unter den vorliegenden Umständen

nicht länger abweisliche Recht der deutschen Nation auf

eine allgemeine Volksvertretung und Parlament — und

für die Notwendigkeit der baldigsten Herstellung eines

sichelf sich feierlich aussprechen.“

In den Central-Ausschuß wurde mit Cooptationsrecht ernannt: Ludwig Seeger, Hoyer aus Württemberg, Häuser, Bluntschi aus Baden, Sigmund Müller, Georg Barrentrop aus Frankfurt, Lang aus Nassau, Mez aus Darmstadt, Nebelau aus Kurhessen, Fries aus Weimar, Streit aus Coburg, Henneberg aus Gotha, Bennington, Miguel aus Hannover, Biewer aus Braunschweig, Pfeiffer aus Bremen, Godfrey aus Hamburg, Wiggers aus Holstein, Haberkorn, Mammann aus Sachsen, Carl Barth, Kolb, Bölk, Krämer, Läufschl aus Bayern, Rechbauer, Fleck, Groß aus Österreich, Unruh, Schulze-Delitzsch, Löwe, Franz Dunder, Hoverbeck, Twesten, Pauli und Sybel aus Preußen.

Der erste Ausschußantrag lautet:

Die wirksame Sicherung der Rechte Deutschlands in

Schleswig-Holstein beruht auf der Trennung der Herzogthümer von Dänemark. Der Tod Friedrichs VII. hat

ihre Verbindung mit Dänemark gelöst. Der Londoner Ver-

trag vom 8. Mai 1852, ohne Zustimmung der Volksver-

tretung und der berechtigten Agnaten zustandegekommen und

vom deutschen Bund nicht anerkannt, begründet kein Thron-

folgerecht Christians IX. in Schleswig-Holstein. Kraft

unzweifelhaften Rechtes ist Friedrich von Schleswig-Holstein-

Sonderburg-Augustenburg zur Erbfolge in den Herzogthü-

mern berufen. Die Geltendmachung der Thronfolge des

Herzogs Friedrich ist zugleich die Geltendmachung der Rechte

Deutschlands an Schleswig-Holstein. Hieraus entspringt die

Verpflichtung des deutschen Volkes für seine verlebte

Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten

Stammesgenossen und ihren rechtmäßigen Fürsten jedes

nötige Opfer zu bringen. Einmuthig in dieser Anscha-

ung übernehmen die hier versammelten Mitglieder der deut-

schen Landesvertretungen die Verpflichtung, mit allen ge-

setzlich zulässigen Mitteln in ihrem Wirkungskreis dahin

zu streben, daß

1) w und soweit dies nicht erfolgt ist, das

Recht des Herzogs Friedrich anerkannt und die Anerken-

nung durch den Bund erwirkt werde;

2) ohne Rücksicht auf fremden Einspruch diesem Recht

Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von

Dänemark vollzogen und ihre Selbstständigkeit und unzur-

teilliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Sie verpflichten sich ferner, diejenigen deutschen Regie-

rungen zu unterstützen, welche für das volle Recht der

Herzogthümer ehrlich und thatkräftig eintreten, und diejeni-

gen Regierungen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu

bekämpfen, welche das Recht und die Ehre Deutschlands in

dieser Sache preisgeben.

Der zweite:

Die Versammlung bestellt einen Ausschuß von 36 Mit-

gliedern als Mittelpunkt der gesetzlichen Tätigkeit der deut-

schen Nation zur Durchführung der Rechte der Herzogthü-

mer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs

Friedrichs VIII.

Der Ausschuß ist ermächtigt, eine aus einer kleinen

Zahl von Personen bestehende Commission für die geschäft-

liche Leitung einzurichten.

Der Ausschuß kann nach Lage der Umstände eine aber-

malige Versammlung von Mitgliedern der deutschen Lan-

desvertretungen berufen.

In Frankfurt hat die Polizei das Anschlagen

und Verbreiten des jüngsten Aufrufs des dortigen

Comités für Schleswig-Holstein verboten.

Die Besetzung von Holstein durch die Bun-

desstruppen, welche vorgestern (21.) beginnen sollte, hat

sich wieder um einige Tage verzögert. Aus Lübeck,

18. d., schreibt man den „H. N.“ Folgendes: „Nach

neueren Befehlen des sächsischen Obercommeurens v.

Haake wird der Einmarsch der Bundesstruppen in die

Herzogthümer nicht am 21. erfolgen, wie befürchtigt

wurde, sondern erst (heute) am 23. Das sächsische

Corps zieht zuerst ein, und ihm folgt unmittelbar das

Beispiel des Ausschusses.

Der Antrag Kolbs und Genossen, das Parlament

betreffend, wird zur Discussion gestellt. Ludwig See-

ger beantragt sofortige Abstimmung ohne Discussion.

Wird angenommen. Berichterstatter Kolb bemerkt nur,

dass die anwesenden Österreicher sich bereit erklärt haben,

den Antrag zu unterstützen, was mit großem Beifall

auf die fernere Mitwirkung und Berathung zu ver-

zichten.

Ludwig Seeger spricht dafür, Brinz dagegen. Mez,

welcher anführt, dass die Bildung des Ausschusses

Wunsch des Herzogs Friedrich sei, dann Häuser und

Bucher sprechen dafür. Wiggers aus Niedersburg be-

schwört die Versammlung Namens seiner Landsleute

den Antrag anzunehmen. Die Abstimmung ergibt na-

hezu einstimmige Annahme und wird von donner-

dem Beifall der Tribunen begrüßt. Hierauf erfolgte

eine Pause. Nach der Wiedereröffnung die Ernennung

der 36 Mitglieder des Central-Comité's über Vor-

schlag des Ausschusses.

Der Antrag Kolbs und Genossen, das Parlament

betreffend, wird zur Discussion gestellt. Ludwig See-

ger beantragt sofortige Abstimmung ohne Discussion.

Wird angenommen. Berichterstatter Kolb bemerkt nur,

dass die anwesenden Österreicher sich bereit erklärt haben,

den Antrag zu unterstützen, was mit großem Beifall

auf die fernere Mitwirkung und Berathung zu ver-

zichten.

** Hoffmannscher Beckmann hat der f. f. Hoftheater-Direc-

tion ein einziges Lustspiel eingereicht. Dasselbe führt den Titel:

„Amen“, und spielt zur Zeit des Königs Friedrich Wilhelm I.

mit den damaligen berühmten Personen, dem Könige, dem Kurfürsten und dem Rathe Gundling. Schauspieler Echhof im „Tabaks-Golle-

gium.“

** Wie der „Bala-Samogyi-Közlöny“ meldet, wurde in

Sczösen Graf Theodor Széchenyi verhaftet, als eben eine große

Jagdgemeinschaft bei ihm war. Widerstand war nicht möglich,

denn die Jagdgemeinschaft saß eben beim Abendessen, als die Räuber mit gepaunten Gewehren eindringen und den Erben der sich ruhenden

wurde, mit dem Tode bedrohten.

** Dr. Franz Liharzik ist in Folge des von ihm entdeckten

Gesetzes des menschlichen Wachstums zum Mitgliede der sächsi-

chen Leopoldinisch-Carolinisch-Deutschen Akademie der Naturwissen-

schafte mit dem Beinamen Dolphyus ernannt worden.

** Freiherr von Wüllersdorf-Urbair ist zum Ehrenmit-

glied der bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt worden.

** Die Akademie der Inschriften in Paris hat an Jafob Grimm's Stelle zum auswärtigen Mitgliede Peter in Berlin

ernannt.

** Dr. H. Barth in Berlin hat eine brieffliche Mittheilung

aus Tripoli erhalten, welche die Trauerbotschaft von Herrn Moriz

von Beurmann's Ermordung in Kanon auf seinem Wege nach

Wadai zur ungewöhnlichen Gewissheit erhebt.

** Hermann Kurz, der Verfasser der Romane: „Schiller's Heimatjahre“, „der Sonnenwirth“ &c., wurde zum Universitäts-

Bibliothekar in Tübingen ernannt.

** Aus Carise nehe schreibt man den „Signalen“. Wie man

hört, soll man hohen Orts beabsichtigt haben. Richard Wagner

für die Dauer an Carlsruhe zu fesseln, doch soll dieser Bedin-

gungen gestellt haben, welche selbst seine hohen Kosten über-

spannt fanden. Wagner verlangt nämlich 6000 fl. Jahress Gehalt

lebenslänglich, freie Emolumente im Schloss, Freiloge im Thea-

ter und Hofequipage.

** Das Irrenhaus in Montreuil-sous-Laan ist niederge-

brannt und man hat dabei den Tod sechs weiblicher Irren zu be-

klagen, die, nachdem man mit der größten Aufsicht und Un-

erhörlichkeit alle ungünstigen Bewohner der in Flammen stehen-

den Gebäuden in Sicherheit gebracht hatte, sich später unbes-

teckt in einer der bereits geräumten Zellen verstießen müssen.

hannover'sche Corps. Letzteres, vom General Gebher|Ehren empfangen. Garde - Lanciers und Hundert-
Garden bildeten die Escorte bis zu den Tuilerien.
Garden oder bei Harburg über die Elbe, und cantoniert einige
Morgen ist Ministrail. — Die „Nation“ macht
darauf aufmerksam, daß der Prinz Napoleon sich bei
der Abstimmung über die Adresse des Senates nicht
beteiligt hat. — Der russische Botschafter Baron
v. Budberg ist erst gestern aus Compiègne hier an-
gekommen. — Heute fand an der Börse eine Art
Gemeute statt. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit
der Handel mit solchen ausländischen Papieren, die
sich auf die Dänen widersehen. Dann rückt auch sofort die große österreichische und preußische Reserve nach, und das Ganze tritt unter preußischen Oberbefehl. Prinz Friedrich Karl von Preußen wird das große preußische Corps commandiren, gesetzt auch, General v. Wrangel bekäme den Oberbefehl über die ganze combinirte Executions-Armee. Im Falle des Krieges würden Hamburg und Lübeck, als Stützpunkte für die Operation der deutschen Armee, von Bundes-
truppen besetzt bleiben.

Es sind in öffentlichen Blättern Stimmen laut geworden über das Tragen der Bundesfarben von den nach Holstein abgegangenen sächsischen Truppen. Das Dr. I. befindet sich in der Lage, hierüber Folgendes zu bemerken: „Nach einem Bundesbeschuß vom 20. März 1848 soll das Erkennungszeichen für die Bundesstruppen aus den Farben Schwarz-Roth-Gold bestehen; ferner aber besagt eine Bestimmung der gesetzliche Kraft habenden Bundes-Kriegsverfassung, daß bei Aufstellung des Bundesheeres vom Oberbefehl für alle Bundescontingente ein gemeinschaftliches Erkennungszeichen vorgeschrieben werden soll. Um nun nicht dem Bundesbefehlsvor zugreifen, hat man die sofortige Anlegung zwar suspendirt, aber die Truppen darauf aufmerksam gemacht, daß der Fall eintreten könne, und alle Vorbereitungen demgemäß getroffen.“

Der Minister Hammerstein erwiederte der Deputation der in Hannover am 6. d. gehaltenen Volksversammlung, daß eine sofortige Verfassung der Stände unthunlich sei wegen nicht genügender Vorbereitung der Vorlagen, der verfassungsmäßige Termin vom 1. Februar aber innegehalten werden solle. Für die schleswig-holsteinische Sache sei eine beschleunigte Einberufung nicht nöthig, da dieselbe ihren Mittelpunkt im Bundesstage habe. Die Anerkennung des Herzogs Friedrichs vor Entscheidung des Bundes erscheine bündeswidrig. Seine ursprünglichen weitergehenden Ansichten habe Hannover unter dem Drucke Desterreichs und Preußens fallen lassen und für Execution bestimmt.

Aus München, 20. December, wird geschrieben: Herzog Friedrich von Augustenburg ist gestern wieder abgereist. Der Fürst ist mit den besten Hoffnungen geschieden. Die freudige Bewegung in unserer Stadt aus Anlaß des königl. Handschreibens ist ganz gewaltig. Als das Morgenblatt der „B.Z.“ gestern Vormittag den königlichen Brief an Minister Schenk brachte, wurde sozusagen alle Thätigkeit in den Gerichtssälen, in den Amtsgebäuden, in den Comptoirs, in den Läden sistirt, um sich mit Freude und Stolz den Eindrücken dieser „königlichen That“ hinzugeben. In dem kleinen und reizenden Residenztheater, nur von der Elite des Theatervicus bejucht, ward gestern Abend dem König Max lauter und herzlicher Empfang. Heute Morgens forderten Anschläge des schleswig-holsteinischen Hilfscomités zu einer großartigen Ovation vor der königl. Residenz auf. In kurzer Zeit war der Mar. Josef Platz von einer großen Menschenmasse, vorherrschend aus den besseren Ständen, gefüllt, und die begeisterten Hochrufe erschollen. Der König erschien und dankte wieder und wieder in gewohnter Freundlichkeit. Die Sammlungen, die Lotterien für Schleswig-Holstein nehmen jetzt einen neuen Aufschwung. Man wird die Geldmittel wahrscheinlich von den Gassen der Actionspartie verabschieden werden.

Aus Porto Maurizio (Ligurien) erhält die „G. C.“ vom 16. d. die Nachricht, daß sich dort unter der Leitung des garibaldischen Obristen C. Rossi und des Majors Sanchioli ein Filial-Comité zur Organisirung von Freiwilligen gebildet habe, welche gedrückte Aufforderungen zum Beitritt in Oneglia, Diana marina, Allassio, Albenga, Funale und anderen benachbarten Städten verbreitet. Vor der Hand werden die Freiwilligen nur „zur Einzeichnung ihrer Namen in die Listen des General-Organisations-Bureau“ aufgefordert, welches „seiner Zeit die definitive Ordre bezüglich des gemeinsamen Sammelpunctes“ erlassen wird.

Das Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg hat, geleitet von der Rückflucht, daß wenngleich die gegenwärtig vom deutschen Bunde beschlossene Execution als ein berechtigter Act nicht angesehen werden könne, es dennoch im Interesse sowohl Sr. Majestät des Königs, wie des Landes liegen werde, daß eintretendenfalls die loyalen Beamten des Herzogthums Holstein thunlichst ihre Funktionen innerhalb des ihnen Allerhöchst angewiesenen Wirkungskreises fortsetzen, die Zustimmung Sr. Majestät des Königs dazu erwirkt, daß es den die Regierung sortirenden Beamten gestattet werde, den an sie gestellten Aufforderungen der Bundes-Autoritäten factisch Folge zu leisten. In Übereinstimmung hiermit und unter dem Bemerk, daß die erwähnte factische Unterwerfung nur so weit gehen darf, als Amtspflicht und Treue gegen Sr. Majestät des Königs, wie des Landes liegen werde, daß eintretendenfalls die loyalen Beamten des Herzogthums Holstein thunlichst ihre Funktionen innerhalb des ihnen Allerhöchst angewiesenen Wirkungskreises fortsetzen, die Zustimmung Sr. Majestät des Königs erlassen wird.

Als Oberbefehlshaber der dänischen Truppen bezeichneten die Kopenhagener Blätter General-Eleutenant de Meza und als Stabschef desselben den Obersten Kauffmann. Als Chef der Artilleriestärke in der Dannewerkfestung fungirt Oberst Wahle.

Im preußischen Herrenhaus wurde der Gf. Arnim'sche Adress-Entwurf, nachdem das Ammendment Teltkampf, Grüner, Camphausen und Genossen, welches den Rücktritt vom Londoner Vertrag fordert, ohne hinreichende Unterstützung geblieben, nach lebhafter Debatte ohne Namensaufruf fast einstimmig angenommen.

Frankreich.

Paris, 19. Dec. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute aus Compiègne in Paris angekommen. Auf dem Nordbahnhof wurden sie mit militärischen

* Am 19. d. Mis. ist es dem beim Lemberger f. f. Landesgerichte wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe in Untersuchung stehenden und als krank im Großen-Spitale befindlichen Alfred Bogusz gelungen, zu entweichen, indem ein als Gefangenwächter verkleidetes Individuum unter Vorweisung eines schriftlichen Antrages im obigen Spitale erschien, um den Ge-nannten dem Gerichte vorzuführen. Der Gefangene wurde ihm ausgepflegt, worauf beide in einem Wagen wegfuhren. Nachträglich zeigte es sich, daß der schriftliche Antrag falsch und der angebliche Gefangenwächter verkleidet war.

* Am 18. l. M. kam zu dem Landmann Anton M. in Haczow, Bezirk Brojow, dessen 2 Söhne am selben Tage wegen Verdachtes eines Waarenliebhabers angehalten wurden, ein israelitischer Mädel, und verlangte von demselben den Betrag von 150 fl. als Schadensatz, widerig seine Söhne an 6 Jahre ins Criminal eingeperrt wurden. Der geängstigte Vater, der kein Geld hatte, stellte dem Jungen über dessen Forderung einen recht förmlichen Wechsel über 150 fl. aus. Darauf verlangte der Mädel noch 40 fl. oder wenigstens 30 fl., um damit die Freilassung der Verhafteten zu erwirken. Anton M. ging wirklich diese Summe bei Bekannten aufzutreiben, wobei er jedoch aufgeklärt wurde und die Sache bei der Polizei anzeigen. Gegen den erwähnten Mädel wurde die Amtshandlung eingeleitet.

* Im October 1. J. wurde auf dem Felde bei Grotowice im Bezirk Komarow, das Gruppe einer etwa 40 J. alten unbekannten Weibsperson ausgegraben, deren Leiche laut Wahrspruch des Sachverständigen etwa vor 12—15 Jahren dort eingegraben wurde. Es sind die umfangreichen Nachforschungen eingeleitet worden, um den wahren Sachverhalt zu erfahren.

* Der „Dz. nar.“ brachte eine Reihe Genesungen-Artikel unter dem Titel: „Opowiadanie uciekiniera“ (Erzählung eines Flüchtlings), worin geschildert wird, daß die Civil- u. Militär-Organisation des jüngsten Aufstandes in den Händen von Bettüren, Charlatanen, Dieben und Spionen ist und die Auführer der Insurgenten nur dem crassesten Egoismus, der ungezähmten Herrschaft und anderen niederen Leidenschaften fröhen. Die „Gaz. nar.“ macht dazu die höhnische Bemerkung, ungewisheitlich werde die ganze russische Journalistik diese Erzählung reproduzieren.

Nach den letzten Berichten aus Graz vom 22. d. läßt der Gesundheitszustand Ihrer kaiserl. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Maria Anna unzufrieden, so wie des neugeborenen Erzherzogs nichts zu wünschen übrig.

Hamburg, 21. December. Eben inhibiert die Polizei militärische Exercitien in der Turnhalle, schließt und besiegelt das Local und verhaftet die die Liste einer Compagnie führenden Feldwebel. — Dem Vernehmen nach findet morgen eine Versammlung von holsteinischen Ständemitgliedern statt. Zu der auf Mittwoch in Elmshorn beabsichtigten großen holsteinischen Volksversammlung werden Deputationen aller Landes-

teile erwartet. Es heißt, die Versammlung wolle den Herzog Friedrich proklamiren.

Kopenhagen, 21. December. Der Hauptinhalt der Botschaft des Königs am Schlus der Reichsrathssession lautet:

Die vor 8 Jahren bei Zusammentritt des Reichsrathes gehegte Hoffnung, die Verfassungsverhältnisse zu ordnen, würde in Erfüllung gegangen sein, wenn der Bund sich Dänemark gegenüber innerhalb seiner Befugniß gehalten hätte. Nur widerstreitend und unter Zwangdrohung wurde Dänemark dazu gebracht, für Holstein und Lauenburg die gemeinschaftliche Verfassung aufzuheben. Die Bestrebungen zur Wiebereinigung sind stets durch die holsteinischen Stände, welche ihre Zustimmung verweigerten, gescheitert. Durch das neue Grundgesetz wurde nichts in der Sonderung der gemeinschaftlichen und Sonderangelegenheiten verändert, dem Reichsrath keine Befugniß in Sachen gegeben, welche bisher unter die Sonderrepräsentation gehörten. Dasselbe gilt wohl jetzt nur für einen Thiel der Monarchie, über welchen der Bund keine Befugniß hat.

Da es jedoch unser Ziel ist, den deutschen Bundesländern dieselbe Selbstständigkeit und Freiheit zu geben, so ist dadurch der Weg abgeht, auf welchem allein der verfassungsmäßige Anschluß durch Uebereinkunft des Reichsrathes mit den Ständen von Holstein geschehen kann. Einer solchen Uebereinkunft legt die neue Verfassung keine Hindernisse in den Weg; es muß daher auf einem Missverständnis beruhen, wenn einige Mächte darin Veranlassung gesehen haben, es als nicht abgemacht hinstehen zu lassen, wie weit sie unbedingt eingegangene tractagmäßige Verpflichtungen erfüllen wollen.

Ungeachtet jeder die deutschen Bundesländer betreffende Bundesbeschuß erfüllt wurde, sind deutsche Truppen dennoch im Begriff, nicht allein Holstein zu besetzen, sondern auch Lauenburg, woher wir so unzweifelhaft Beweise der Treue und Zufriedenheit erhalten. Wir können hierin keine bürgerliche Execution erkennen, um aber dem Zusammentost möglichst lange zu entgehen, haben wir doch für richtig gefunden die Truppen zurückzuziehen, um die ganze Wehrkraft unseres Volkes diesseits der Eider zu sammeln, überzeugt, unser treues tapferes Volk werde sich um seinen König schaaren, wo es die Freiheit und Rettung des Vaterlandes gilt.

Paris, 22. December. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht die Antwort des Kaisers an die Adress-Deputation des Senats. Der Kaiser sagte:

Ich sehe mit Vergnügen und Vertrauen, daß der Se-nat die Beschwichtigung der Leidenschaften im Innern wie nach Außen, Eintracht und Einigkeit wünscht, so wie den Augenblick herbeiruft, wo die großen Fragen, welche die Regierungen und Völker spalten, friedlich werden gelöst werden können. Napoleon I. sagte: „Sich in (gegen?) Europa schlagen, dies ist der Bürgerkrieg.“ Dieser große Gedanke, einst eine Utopie, kann morgen eine Wirklichkeit werden. In jedem Fall ist es immer eine Chry das große Princip zu proklamiren, welches bezweckt, die Vorurtheile eines andern Zeitalters verschwinden zu machen. Vereinigen wir uns in unsern Bestrebungen für diesen edlen Zweck, besaffen wir uns bloß mit den Hindernissen, um diese zu besiegen.

Der „Moniteur“ veröffentlicht die Circular-Depesche Drouyn de Lhuys vom 8. December, die Minister-Conferenzen vorlägt.

Newyork, 11. Dec. Die Botschaft des Südstaatenpräsidenten Jefferson Davis lautet entmutigt; sie erklärt daß die europäischen Nationen dem amerikanischen Süden ungünstig gestimmt worden sind. England sei für die Unionisten parteiisch.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bocie.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 22. December.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Ladislans Radziwiłł, aus Polen und Ferdinand Radziwiłł, aus Russland.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Kazimir Markowski, nach Lemberg, Julian Biski, Kazimir Wielonoski und Peter Wedrychowski, nach Polen. Adam Zubrzycki, nach Galizien.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 23. December.

* Für heute stehen im hiesigen f. f. Strafgericht die Schlußverhandlungen an gegen den Leiter der Druckerei des „Gaz.“ H. Anton Rothen, wegen Übertreibung nach § 305 St. G. durch Gutheisung von den Landesgerichten verbotener Handlungen (in Folge des Abrucks eines Partezettels), H. Jos. Wozniak, desselben Verbrechens angeklagt und gegen H. Jos. Wozniak wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 66 St. G.

des Blattes eingetroffenen, über ein zweites Gesetz am 17. d. bei Wierzbka (Stobnicer Kr.), welches hier angeblich Chmieliński und Nębałło zu bestehen hatten. Über das Resultat des Treffens weiß die „Chwila“ noch nichts.

Wie man der „Chwila“ aus Rom schreibt, wird der heilige Vater auf dem nächstens abzuholenden Consistorium den Erzbischof von Rouen Bonnechose zum Cardinal präconisieren, außerdem viele Bischöfe ernennen und wahrscheinlich eine Allocution halten, von der man bereits weiß, daß in ihr über Polen kein Wort enthalten sein wird.

Wien, 22. Dec. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde der Gesetzentwurf in Be-treff der Fortdauer der Steuererhöhungen bis Ende April 1864, so wie der Gesetzentwurf in Be-treff der Begünstigungen für die Unternehmung der Lemberg-Ezernowitzer Eisenbahn ganz in derselben Fassung, wie sie von dem Abgeordnetenhaus votirt worden ist, angenommen und außerdem be-schlossen, dem zwischen Österreich und Belgien abgeschlossenen Vertrag vom 16. Juli 1863 bezüglich der Ablösung des Scheldezolles um die Summe von 549.360 Fr. die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Nach den letzten Berichten aus Graz vom 22. d. läßt der Gesundheitszustand Ihrer kaiserl. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Maria Anna unzufrieden, so wie des neugeborenen Erzherzogs nichts zu wünschen übrig.

Hamburg, 21. December. Eben inhibiert die Polizei militärische Exercitien in der Turnhalle, schließt und besiegelt das Local und verhaftet die die Liste einer Compagnie führenden Feldwebel. — Dem Vernehmen nach findet morgen eine Versammlung von holsteinischen Ständemitgliedern statt. Zu der auf Mittwoch in Elmshorn beabsichtigten großen holsteinischen Volksversammlung werden Deputationen aller Landes-

teile erwartet: Es heißt, die Versammlung wolle den Herzog Friedrich proklamiren.

Kopenhagen, 21. December. Der Hauptinhalt der Botschaft des Königs am Schlus der Reichsrathssession lautet:

Die vor 8 Jahren bei Zusammentritt des Reichsrathes gehegte Hoffnung, die Verfassungsverhältnisse zu ordnen, würde in Erfüllung gegangen sein, wenn der Bund sich Dänemark gegenüber innerhalb seiner Befugniß gehalten hätte. Nur widerstreitend und unter Zwangdrohung wurde Dänemark dazu gebracht, für Holstein und Lauenburg die gemeinschaftliche Verfassung aufzuheben. Die Bestrebungen zur Wiebereinigung sind stets durch die holsteinischen Stände, welche ihre Zustimmung verweigerten, gescheitert. Durch das neue Grundgesetz wurde nichts in der Sonderung der gemeinschaftlichen und Sonderangelegenheiten verändert, dem Reichsrath keine Befugniß in Sachen gegeben, welche bisher unter die Sonderrepräsentation gehörten. Dasselbe gilt wohl jetzt nur für einen Thiel der Monarchie, über welchen der Bund keine Befugniß hat.

Hamburg, 21. Dec. Credit-Act. 754. — Nat.-Aul. — 1860er Rose 76. — Wien —.

Frankfurt, 19. Dec. 5ver. Met. 59. — Wien 97. — Banknoten 754. — 1854er Rose 75. — Nat.-Aul. 64. — Staatsbank —. — Credit-Actien 179. — Anteile vom Jahre 1859 76. — 1860er Rose 77.

Schluss fest.

Hamburg, 19. Dec. Credit-Act. 754. — Nat.-Aul. — 1860er Rose 76. — Wien —.

Paris, 19. December. Schlußurteile: 3ver. Met. 66.35. — 4ver. 94.05. — Staatsbank 395. — Credit-Mobilier 1030. — Lomb. 520. — Ost. 1860er Rose 990. — Wien. Met. 71.40. — Consols mit 91 bez. gemeldet.

Lemberg, 21. Dec. Br. Holländer Dukaten 5.60 Gold, 5.64. — Kaiserl. Dukaten 5.63 Gold, 5.66. — Russischer halber Imperial 9.68 G., 9.82 W. — Russischer Silber-Thaler ein Stück 1.83 G., 1.86 W. — Preußischer Courant-Thaler 1.77 G., 1.80 W. — Polnischer Courant vr. 5 fl. — G. — W. — Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Gou. 72.43 G., 73.43 W. — Galizische Pfandbriefe in Gou. — W. ohne Gou. 76.12 G., 77.12 W. — Galiz. Grundlastungs-Obligationen ohne Gou. 70.92 G., 71.73 W. — National-Anteile ohne Gou. 79.70 G., 80.38 W. — Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Aktionen 197.17 G., 199.17 W.

Krakauer Cour. am 22. December. Neue Silber-Rubel 1.00 verlängt, fl. v. 100 bez. — Währ. Aul. 393 verl., 387 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 84 bez., 83 bez. — Neuer Silber für 100 fl. öst. Währ. 118 verl., 117 bez. Russische Imperials fl. 9.80 verl., fl. 9.65 bez. — Napoleon's 9.50 verl., 9.35 bez. — Wollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.66 verl., 5.56 bez. — Wollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 5.66 verl., 5.56 bez. — Polnische Pfandbriefe mit Consols fl. v. 95 verl., 94 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Comp. in öst. W. 75.25 verl., 74.25 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst 1. Comp. in öst. W. 78.75 verl., 77.75 bez. — Grundlastungs-Obligationen in öst. W. fl. 72.50 verl., 71.50 bez. — National-Anteile vom Jahre 1854 fl. österr. Währ. 79.25 verl., 78.25 bez. — Meten der Karl-Ludwigs-Bahn, ohne Consols voll eingezahlt fl. österr. Währ. 200 verl., 198 bezahlt.

Krakau, 22. December. Die gestrige Getreidezufuhr aus dem Königreiche Polen zur Gränze war bedeutend. Verkauf erschwert, Preis jedoch noch nicht im Abnehmen. Weizen in Mittelgattung 23—24 fl. vol., vorzügliche 24—25, nicht reine 18—21. Roggen 14, 15, besonders schöner 15—15½. Gerste 12, 13, Musterkörner ungernahm 14—14½. Getreide zum Futter 15, 16, schön zur Küche 17—18. Verkehr flau. Hier heute etwas Getreide für Oberschlesiern gekauft: Roggen transito 16½—17 für 162 W. fl. Weizen transito 26½, 27½—28 für 172 W. Export jedoch nicht bedeutend und trotz nicht ermuthigenden Berichten wurde viel Getreide auf eigene Rechnung nach Stettin geschickt. Verkauf lohnend, denn die Consumenten halten von Anfang zurück wegen der nahen Feiertage. Roggen zur Ablieferung in die Militär-magazine für 162 fl. bez. 4.40—4.50 fl. ö. W. besonders schöner obwohl nicht viel 4.60. Gelber Weizen reichlich zum Verkauf gebracht, wenig gekauft; läßt sich von 6.40—6.80 für 172 W. fl. verkaufen. Gerste gleichfalls ungern gekauft, Nominalpreise 4—4.25. Hafer etwas niedriger im Preise, besonders viel angeboten aus der Gegend von Lemberg. Gliche hundred Gentner ohne Consumentensteuer gekauft zu 3.30—3.35 der Gentner ohne Consumentenste

Amtsblatt.

3. 17742.

Edict.

(113. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem Herrn Winzen Müller, ehemaligen schweizerischen Obersten und Landmannen bekannt gemacht, es habe wider denselben Hr. Carl Schneider auf Anerkennung des kürzlichen Vorzugsrates zu der als Civilmaße des Otto Wilhelm Zastrów gegen W. Hugo Grafen Hompesch gerichtlich verwahnten Summe von 29000 fl. GM. (s. N. G.) vor allen Verbots- und Executionsrechten des Herrn Winzen Müller, auf Löschung aller auf dieser Seite angemerkten Rechte des Gelagten und auf Ausfolgbarerklärung dieser Summe an den Kläger (s. N. G.) eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Frist zur Erstattung der Einrede auf 90 Tage gesetzt wird.

Da der Aufenthaltsort des Belangten H. Winzen Müller unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht diesem Belangten auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Kafaski mit Substitution des Advokaten Hrn. Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuhilfen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem lais. königl. Landesgerichte anzugeben, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 7. Dezember 1863.

N. 12279. Kundmachung. (1139. 3)

Wegen Verpachtung des Mautheinkommens an der Polnischen Kreisstraße für die Zeit vom 1. Jänner 1864 bis dahin 1865.

a) mit dem Einhebungspunkte in Kamienna und b) eventuell mit zwei Mauthüpfen in Korbielow und Sporysz wird am 28. d. Mts. in der Bezirksamtshandlung vorgenommen werden.

Der Aufrufpreis beträgt:

ad a) 2100 fl. öst. Währ.

ad b) 3568 fl. öst. Währ.

Das Badium beträgt 10% vom Aufrufpreise.

Die näheren Bedingungen werden am Termine bekannt gegeben werden.

k. k. Kreisbehörde.

Wadowice, 15. Dezember 1863.

Nr. 29955/2074. Kundmachung. (1143. 1)

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction für Oesterreich ob und unter der Enns dann Salzburg wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Folge hohen Finanz-Minister-Erlaßes vom 4. Dezember 1863. 3. 59441/2603 die tarifmäßige Gebühren-Einhebung

A. der allgemeinen Verzehrungs-Steuer sammelt dem dermaligen mit der kaiserlichen Verordnung vom 17. Mai 1859 eingeführten 20% außerordentlichen Zuschlage zu der Verzehrungs-Steuer und dem der Stadtgemeinde Linz bewilligten Gemeinde-Zuschlage für alle über die Verzehrungs-Steuer-Linie von Linz zum Verbrauche daselbst eingeführten Gebühren-Entrichtung unterliegenden Gegenstände.

B. Die Einhebung des Gemeinde-Zuschlages von den innerhalb der Verzehrungs-Steuer-Linie erzeugten gebrannten geistigen Flüssigkeiten.

C. Rücksichtlich des innerhalb der Steuerlinie erzeugten Bieres blos die Einhebung des für die geschlossene Stadt Linz bestehenden freien aerarischen Zuschlagsbetrages von 42 kr. pr. Eimer nebst dem außerordentlichen 20% Zuschlage zu dieser Gebühr und dem dermaligen Gemeinde-Zuschlage von 30 Neukreuzer pr. Eimer: Ferner

D. Die Einhebung der Wassermauth bei den Linienämtern Heilige-Stiege und Donaubrücke in Linz, so wie

E. Die Einhebung der Wassermauth bei den Wassermauth-Stationen Landstraße und Heiligensteige zu Linz, auf die Dauer vom 1. Februar 1864 bis letzten December 1866 im Wege der öffentlichen Versteigerung vereint verpachtet werden wird.

Die Modalitäten unter welchen die Versteigerung stattzufinden hat sind:

1. Die Versteigerung wird Montag d. i. den vierten (4.) Jänner 1864 um 9 Uhr Vormittags bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Linz abgehalten, und es werden bei derselben mündliche und schriftliche Angebote, welche letztere mit der Stempelmarke von 50 kr. d. W. pr. Bogen versehen sein müssen und zwar nur bezüglich der unter A B C D und E angeführten Objekte vereint vorgenommen werden.

2. Der Aufrufpreis als einjähriger Pachtschilling für die vereinte Verpachtung der allgemeinen Verzehrungssteuer sammelt dem außerordentlichen 20% Zuschlage und der Gemeinde-Zuschläge, dann der Wassermauth und Wassermauth beträgt 175,000 fl. d. i. Einhundert Fünf und Siebzig Tausend Gulden ö. W. wovon auf die Verzehrungssteuer sammelt dem außerordentlichen 20% Aerarial Zuschlage 123005 fl.

auf die Gemeinde-Zuschläge 45780 fl. auf die Wassermauth 1851 fl. und auf die Wassermauth 4364 fl.

Zusammen 175000 fl. entfallen.

3. Zur Pachtung wird Sedermann zugelassen, welcher nach den Landesgesetzen zu derlei Geschäften geeignet und die bedungenen Sicherheit zu leisten im Stande ist.

Für jeden Fall sind alle diejenigen sowohl von der Übernahme als auch von der Fortsetzung der Pachtung ausgeschlossen, welche wegen eines Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt wurden, oder welche in einer Untersuchung wegen Verbrechen verfallen sind, die blos wegen Abgang rechtlicher Beweise aufgehoben wurde.

Minderjährige Personen dann contractbrüchige Gefallspächter werden zu der Licitation nicht zugelassen, ebenso auch diejenigen nicht, welche wegen Schleichhandel oder einer schweren Gefälls-Uebertretung in Untersuchung gezogen, und entweder gestraft, oder nur aus Mangel der Beweise von dem Strafverfahren los gezählt würden, und zwar die Letzteren durch sechs auf den Zeitpunkt der Uebertretung oder wenn dieser nicht bekannt ist, der Entdeckung derselben, folgende Jahre.

4. Wer an der Versteigerung Theil nehmen will, hat vor dem Beginne der Licitation das Bodium im Baren oder in österr. Staatspapieren nach dem Börsencourse mit zehn Percent des Aufrufspreises d. i. mit dem Betrage von 17,500 fl. bei der Licitations-Commission zu erlegen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction für Oesterreich ob und unter der Enns, dann Salzburg.

vielmehr müssen dieselben die Versicherung enthalten, daß der Offerent diese Bedingungen genau befolgen will.

Bon Auktion müssen diese Angaben als Offerente für das (zu benennende) Object bezeichnet sein.

Das Formulare eines Offers folgt nach.

e. Die schriftlichen Offerente sind von dem Zeitpunkte der Einreichung für den Offerenten, für die Finanz-Verwaltung aber erst von dem Tage, an welchem die Annahme derselben dem Anbietenden bekannt gemacht worden ist, verbindlich.

8. Wer im Namen eines Anderen ein Anbot macht, muß sich mit der gehörig legalisierten Vollmacht seines Machtgebers bei der Commission noch vor der Licitation ausweisen, und derselben die Vollmacht übergeben.

9. Die näheren Licitationsbedingungen werden vor der Licitation vorgelesen, es können dieselben aber auch früher während der gewöhnlichen Amtsstunden bei dieser Finanz-Landes-Direction und bei der Bezirks-Direction in Linz und Salzburg, so wie bei allen Finanz-Landes-Behörden eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction für Oesterreich ob und unter der Enns, dann Salzburg.

Wien, am 5. December 1863.

Offer für die Pachtung

der Verzehrungssteuer und des Gemeindezuschlages, dann der Wassermauth und der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligensteige zu Linz

Formulare

eines schriftlichen Offers:

Ich Endesgefeitigter bitte für die mittelst Kundmachung vom 5. Dezember 1863. 3. 29955/2074 ausgeschriebene Pachtung der Verzehrungssteuer sammt 20% Aerarial-Zuschlage, des Gemeindezuschlages in der Stadt Linz, dann der Wassermauth und der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligensteige zu Linz für die Zeit vom 1. Februar 1864 bis letzten December 1866 den Jahrespachtschilling von . . . fl.

6. Nach geschlossener Licitation wird kein nachträgliches Anbot mehr angenommen.

7. Bei schriftlichen Angeboten ist außer dem hierüber bei ich erläutre, daß mit die Contractsbedingungen genau reits Gesagten noch Folgendes zu beobachten:

a. dieselben müssen bis zum Beginne der mündlichen Versteigerung, d. i. bis 9 Uhr Vormittags am vierten, (4.) Jänner 1864 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction oder lege ich nachstehende Staatspapiere im Betrage von 200 fl. (40 fl. in Buchstaben ausdrücken) bei.

b. die schriftlichen Angebote müssen, das Objekt auf welches geboten wird, dann der Betrag der angeboten wird, in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von dem Offerenten mit Vor- und Zunamen,

c. Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offer aussstellen, so haben sie in dem Offerente auszudrücken, daß sie sich zur ungetheilten Hand, nämlich einer für Alle und Alle für Einen dem Aerar

Das k. k. Kriegsministerium hat die Sicherstellung des zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden. Zu im Jahre 1864, 1865 und 1866 bei den Monturs gleich müssen sie in dem Offerente jenen Mitofferenten Comissionen sich ergebenden Bedarfs an Gußbekleidungen nähmhaft machen, an welchen die Übergabe des Pacht-mittelst einer Offer-Verhandlung angeordnet.

Die bezügliche ausführliche Kundmachung erscheint im am. 1864.

Eigenhändige Unterschrift:

Charakter und Aufenthaltsort:

Bon Außen (nebst der Adresse an die k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Linz und Bezeichnung des Bodium).

Nr. 564. AVISO. (1129. 3)

Das k. k. Kriegsministerium hat die Sicherstellung des zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden. Zu im Jahre 1864, 1865 und 1866 bei den Monturs-

d. Diese Angebote dürfen durch keine, den Licitationsbedingungen nicht entsprechende Klauseln beschränkt sein, aus derselben die Lieferungsbedingungen nebst dem Offerente-

Die Verzehrungssteuer sammt dem dermaligen mit der k. k. Finanz-Bezirks-Direction für Oesterreich ob und unter der Enns dann Salzburg wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Folge hohen Finanz-Minister-Erlaßes vom 4. Dezember 1863. 3. 59441/2603 die tarifmäßige Gebühren-Einhebung

A. der allgemeinen Verzehrungs-Steuer sammelt dem dermaligen mit der k. k. Finanz-Bezirks-Direction für Oesterreich ob und unter der Enns dann Salzburg wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Folge hohen Finanz-Minister-Erlaßes vom 4. Dezember 1863. 3. 59441/2603 die tarifmäßige Gebühren-Einhebung

B. Die Einhebung des Gemeinde-Zuschlages von den innerhalb der Verzehrungs-Steuer-Linie erzeugten gebrannten geistigen Flüssigkeiten.

C. Rücksichtlich des innerhalb der Steuerlinie erzeugten Bieres blos die Einhebung des für die geschlossene Stadt Linz bestehenden freien aerarischen Zuschlagsbetrages von 42 kr. pr. Eimer nebst dem außerordentlichen 20% Zuschlage zu dieser Gebühr und dem dermaligen Gemeinde-Zuschlage von 30 Neukreuzer pr. Eimer: Ferner

D. Die Einhebung der Wassermauth bei den Linienämtern Heilige-Stiege und Donaubrücke in Linz, so wie

E. Die Einhebung der Wassermauth bei den Wassermauth-Stationen Landstraße und Heiligensteige zu Linz, auf die Dauer vom 1. Februar 1864 bis letzten December 1866 im Wege der öffentlichen Versteigerung vereint verpachtet werden wird.

Die Modalitäten unter welchen die Versteigerung stattzufinden hat sind:

1. Die Versteigerung wird Montag d. i. den vierten (4.) Jänner 1864 um 9 Uhr Vormittags bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Linz abgehalten, und es werden bei derselben mündliche und schriftliche Angebote, welche letztere mit der Stempelmarke von 50 kr. d. W. pr. Bogen versehen sein müssen und zwar nur bezüglich der unter A B C D und E angeführten Objekte vereint vorgenommen werden.

2. Der Aufrufpreis als einjähriger Pachtschilling für die vereinte Verpachtung der allgemeinen Verzehrungssteuer sammelt dem außerordentlichen 20% Zuschlage zu dieser Gebühr und dem dermaligen Gemeinde-Zuschlage von 30 Neukreuzer pr. Eimer: Ferner

3. Zur Pachtung wird Sedermann zugelassen, welcher nach den Landesgesetzen zu derlei Geschäften geeignet und die bedungenen Sicherheit zu leisten im Stande ist.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction für Oesterreich ob und unter der Enns dann Salzburg.

Wien, am 5. December 1863.

Offert für die Pachtung

der Verzehrungssteuer und des Gemeindezuschlages, dann der Wassermauth und der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligensteige zu Linz

Formulare eines schriftlichen Offers:

Ich Endesgefeitigter bitte für die mittelst Kundmachung vom 5. Dezember 1863. 3. 29955/2074 ausgeschriebene Pachtung der Verzehrungssteuer sammt 20% Aerarial-Zuschlage, des Gemeindezuschlages in der Stadt Linz, dann der Wassermauth und der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligensteige zu Linz für die Zeit vom 1. Februar 1864 bis letzten December 1866 den Jahrespachtschilling von . . . fl.

6. Nach geschlossener Licitation wird kein nachträgliches Anbot mehr angenommen.

7. Bei schriftlichen Angeboten ist außer dem hierüber bei ich erläutre, daß mit die Contractsbedingungen genau reits Gesagten noch Folgendes zu beobachten:

a. dieselben müssen bis zum Beginne der mündlichen Versteigerung, d. i. bis 9 Uhr Vormittags am vierten, (4.) Jänner 1864 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction oder lege ich nachstehende Staatspapiere im Betrage von 200 fl. (40 fl. in Buchstaben ausdrücken) bei.

b. die schriftlichen Angebote müssen, das Objekt auf welches geboten wird, dann der Betrag der angeboten wird, in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von dem Offerenten mit Vor- und Zunamen,

c. Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offer aussstellen, so haben sie in dem Offerente auszudrücken, daß sie sich zur ungetheilten Hand, nämlich einer für Alle und Alle für Einen dem Aerar

Das k. k. Kriegsministerium hat die Sicherstellung des zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden. Zu im Jahre 1864, 1865 und 1866 bei den Monturs-

d. Diese Angebote dürfen durch keine, den Licitationsbedingungen nicht entsprechende Klauseln beschränkt sein, aus derselben die Lieferungsbedingungen nebst dem Offerente-

Die bezügliche ausführliche Kundmachung erscheint im am. 1864.

Der verhältnismäßig höchst geringe Preis pro Vierteljahr

2 fl. 13 fr. durch Buchhandel

durch Post,

wofür 13 Nummern mit 26 Bogen Text (13 Bogen literarischen Inhalts), 13 colorirten echten Pariser Modellupfern, 7 großen Schnittmusterbogen und 6 Tapisserie-Bogen geliefert werden, macht die „IRIS“ zur billigsten, elegantesten und praktischsten Damen-

ModeZeitung und zugleich zum interessantesten Unterhaltungsblatt.

Alle Buchhandlungen geben von heute an Probenummern und Prospekte gratis und nehmen Abonnements an.

(1137. 3)

Nur praktische Schnittmuster- und Tapisserie-Bogen.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom.-Höhe Temperatur Relative Richtung und Stärke Zustand Geschwindigkeit der Atmosphäre in der Luft

nowi, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się przeto niniejszym edyktom pozwanym, aby w zwyczaju oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich następcy udzielili, lub wreszcie innego obrońce sobie obrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli w razie boiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisać musieli.

Kraków, 1 Grudnia 1863.

L. 3083. Obwieszczenie. (1103. 2-3)

C. k. Sąd powiatowy Podgórski podaje do publicznej wiadomości, że celem ściągnięcia pretensi Loeble Jakubera przeciw Stanisławowi i Agnieszce małżonków Goszkowskim w sumie 150 złr. z p. n. odbędzie się w Podgorzu w gmachu c. k. urzędu powiatowego publiczna sprzedaż trzech kawałków gruntu w Świątkach położonych za s. 120 złr. w. a. oszacowanych w dwóch terminach na dniu 9 Lutego i 23 Lutego 1864 każdą razą o godzinie 10 przed południem, do której to licytacji chęć kupna mających z tym dodatkiem zastraszę się, że grunta te w pomienionych dwóch terminach niżej ceny szacunkowej sprzedane nie będą i że bliższe warunki licytacji w tutejszym sądzie przejrane być mogą.

Podgorze, 12 Listopada 1863.

L. 16507. Obwieszczenie. (1118. 2-3)

Ces. król. Sąd obw. dowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Itzig Lipschütz z Monasterysk pod dniem 6 Listopada 1863 do L. 16507 za uwiadomieniem p. Seweryna Rolera — prośbę wniósł, o polecenie tut. tabuli miejskiej, aby weksel przez Itziga Lipschütza w Monasteryskach dnia 12go Sierpnia 1861 na sumę 218 złr. w. a. na własną ordre wystawiony, a przez Seweryna Rolera akceptowany, dnia 15 Listopada 1861 płatny, A.) zaingrosowała, i na podstawie tegoż wekslu sumę 218 złr. w. a. z przyn. w stanie biernym części realności pod L. k. 55 w Tarnowie na przedmieściu Zawale leżącej, Seweryna Rolera własnych, na rzecz Itzka Lipschütza zaprenotowała. W skutek czego poleconem zostało tutejszą tabuli miejską, aby weksel przez Itziga Lipschütza w Monasteryskach z dnia 12 Sierpnia 1861 na sumę 218 złr. w. a. na własną ordre wystawiony, a przez Seweryna Rolera akceptowany, dnia 15 Listopada 1861 płatny A.) zaingrosowała, i na podstawie tegoż wekslu sumę 218 złr. w. a. z przyn. w stanie biernym części realności pod L. k. 55 w Tarnowie na przedmieściu Zawale leżącej, Seweryna Rolera własnych, na rzecz Itzka Lipschütza zaprenotowała.

Ponieważ pobyt pana Seweryna Rolera nie jest wiadomy, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adw. p. Dra. Rosenberga na kuratora, z którym wniesiona sprawa według ustawy cywilnej Galicyi przepisanej przeprowadzoną, będzie. Tym edyktom przypomina się zawiadomić się mającemu, aby w przeszczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przepiszczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońce obrali i tutejszemu Sądowi oznajmił ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył inaczej z jego opinią wynikające skutki sam sobie przypisać musiały.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 19 Listopada 1863.

N. 3249. Edykt. (1107. 2-3)

Ces. król. Urząd jako Sąd powiatowy w Wadowicach podaje do wiadomości, iż na żądanie JUDra. Wincentego Maternego dozwolona została przymusowa sprzedaż połowy Panu Ignacemu Nowak należącej w Wadowicach pod No. C. 66 st. 199 now. leżącej a w całości na 1762 złr. 20 kr. a. w. oszacowanej realności, która to sprzedaż w drodze publicznej licytacji a to na terminach w tym celu na dzień 20 Stycznia 23 Lutego i 22 Marca 1864 r. rozpisanych, w tutejszym c. k. Sądzie odprawiona będzie. Za cenę obwołania ustanawia się połowa całej powyższej ceny w ilości 886 złr. 10 kr. a. w. a na wadium kwota 89 złr. a. w. która każy chęć licytowania mający do rąk komisji zapłacić ma i tylko nabywcy zatrzymać będzie.

Na pierwszych obydwóch terminach będzie sprzedaż ta tylko za cenę szacunkową najmniej, a na trzecim terminie aż do wysokości takowej ceny dokonana, iżby wszyscy wierzyciele hypotecznego leżycie swoje otrzymali. Reszta warunków licytacyjnych, akt detaksacyjny i ekstrakt tabularny, mogą być każdego czasu w tutejszym Sądzie przebrane.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Wadowice, 17 Listopada 1863.

N. 1293. Ogłoszenie. (1108. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Rozwadowie niniejszym wiadomo czyni, iż na dniu 25go Lutego 1847 zmarł Wojciech Lipka z Jastkowic z pozostaaniem pisemnego ostatni woli rozporządzenia bez daty i z pozostawieniem spuścizny na 322 złr. 20 kr. w. a. oszacowanej.

Ponieważ Sądowi niewiadomem jest miejsce

pobytu spadkobiercy to jest syna Józefa Lipki,

przeto wzywa się go niniejszym, aby przed upływem jednego roku do tego spadku temu pewniej się zgłosił, i prawa swe wykazał, ileż po bezskutecznym upływie tego czasu to postępowanie spadkowym tylko ze zgłoszającymi się spadkobiercami i kuratorem dla nieobecnego Józefa Lipki w osobie Michała Sęka ustanowionym przeprowadzonem będzie.

Rowadów, d. 22 Czerwca 1863.

L. 2651. Edykt. (1105. 2-3)

Ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd niniejszym wiadomo czyni, że pan Józef Doeller przeciw masie leżącej s. p. Ignacego Roventskiego i p. Maryą Roventską o zapłaceniu kwoty 177 złr. mon. konw. pozew wytoczył, w skutek którego do sumarycznego postępowania termin na dzień 28go Stycznia 1864 wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tegoż sądowi wiadomi nie są, to dla ich zastępowania c. k. Sąd pana Piotra Zaworskiego, obywatele miejskiego na ich koszt i strate za kuratora ustanowili, i o tem ustanowieniu kurateli tych spadkobierców tym edyktem zawiadamia.

Jednocześnie tych spadkobierców się upomina, aby temu ustanowionemu kuratorowi do ich obrony służące dokumenta wcześniej przed terminem wręczyli, lub sobie innego zastępcę ustanowili, albowiem w przeciwnym razie skutki niedostatecznej obrony własnym przewinieniu przypisać będą winni.

Z c. k. Sądu powiatowego.
Wieliczka, dnia 30 Listopada 1863.

L. 2653. Edykt. (1124. 2-3)

Ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd niniejszym wiadomo czyni, że p. Józef Doeller przeciw masie leżącej s. p. Ignacego Roventskiego o zapłaceniu kwoty 30 złr. m. k. pozew wytoczył w skutek którego do sumarycznego postępowania termin na dzień 28 Stycznia 1864 wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tej masy sądowi z imienia, ze życia i miejsca pobytu znajomi nie są, to dla ich zastępowania ustanawia się na ich koszt i strate p. Piotra Zaworskiego za kuratora, i ich o tem ustanowieniu kurateli, tem edyktem się zawiadamia.

Jednocześnie ich się upomina, aby temu ustanowionemu kuratorowi dokumenta do ich obrony służące mogące wcześniej przed tem terminem wręczyć, lub sobie innego zastępcę ustanowili, gdyż w przeciwnym razie za skutki niedostatecznej obrony sami sobie będą odpowiedzialni.

C. k. Sąd powiatowy.
Wieliczka, dnia 30 Listopada 1863.

N. 14438. Ogłoszenie licytacy. (1121. 2-3)

Ze strony c. k. Sądu obwodowego w Tarnowie niniejszym podaje się do publicznej wiadomości, iż na zaspokojenie pretensi wekslowej pana Dr. Adama Morawskiego przeciw p. Alfredowi Boguszowi w kwocie 700 złr. wal. austriacki z p. n. egzekucyjna sprzedaż przez publiczną licytacy połowę sumy 6750 złr. m. k. z większej na dobrach Rzochów cum att. Rzemień cum att. libr. dom. 211 pag. 93 n. 41 on. pag. 95 n. 47 on. dla p. Alfreda Bogusza, a teraz dom. 418 pag. 408 n. 53 on. na rzecz jego cesonyarysa p. Józefa Rapparta intabulowanej sumy 25000 złr. m. k. pochodzącej dozwolonej zostało.

Do przedsięwzięcia té licytacy tu w Sądzie odbyć się mając wyznaczą się trzy terminy na dzień 26 Stycznia 1864, na dzień 26 Lutego 1864 i na dzień 29 Marca 1864 zawsze o godzinie 10 rano, z tym dodatkiem, że przy pierwszym i drugim terminie suma ta tylko wyżej lub przy najmniej za wartość nominalną sprzedana być może, w trzecim zaś terminie, gdyby nikt ani wyższy, ani nominalnej, ani też takiej wartości nie ofarował, któryby na pokrycie wszystkich na té sumie czących wierzytelności wystarczyła — do przesłuchania wierzycieli stosowne do przepisów §. 148 — 152 ust. sąd. termin na dzień 14 Kwietnia 1864 o godzinie 10 rano się wyznacza.

Każdy chęć licytowania mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacy lub w ciągu takowej do rąk komisji sądowej licytacy odprawiającej okrągłą sumę 700 złr. w. a. albo w gotówce, albo w listach zastawnych gal. stan. Towarzystwa kredytowego, albo w obligacyach gal. funduszu indemnizacyjnego, albo nakonie w obligacyach dłużnego państwa na okaziciela wystawionych według ostatniego kursu, jednakowo nigdy nad wartość nominalną obliczonych złożyć.

Wadym kupiciela zatrzymane i do depozytu złożone, innym zaś wspólnicy licytacy dopiero po ukończeniu licytacy zwrcone zostanie.

Reszta warunków licytacyjnych i ekstrakt tabularny dóbr, na których ta suma hypotekowana jest i razem sumy wolno jest každemu w registerze przejrzyć.

Dla wierzycieli, którzy po wydaniu ekstraktu tabularnego t. j. po 22 Sierpnia 1863 z pretensiemi swimi do tabuli weszli, lub którymy uchwała niniejsza nie była wcale lub wcześniej doręczona, ustanawia się na kuratora p. Adwokata Dra. Grab-

niowskiego dodając mu na substytutu p. Adw. Dra.

Jarockiego.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 5 Listopada 1863.

L. 16267. Edykt. (1122. 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski w skutek decyzji c. k. Sądu wyższego w Krakowie z d. 31 Paźdz. 1863 l. 15021, na podstawie tut. sąd. uchwały z dnia 2 Września 1863 l. 10744 egzekucyjna sprzedaż dóbr Radomyśla z przylegi. Partyn, Ruda góra i dolna, tudzież Dulca mała cel. tem zaspokojeniu pretensi przez Dra. Adama Morawskiego przeciw p. Olympi hrab. Bobrowskiemu w resztującym sumie 1019 złr. 59 kr. w. a. uzyskanej, wraz z procentem po 5 od sta od 31 Paźdz. 1862 i kosztami egzekucyjnymi w kwocie 250 złr. 64 kr. w. a. ponownie w dwóch terminach, a to dnia 24 Lutego, 1864 i 24 Marca 1864 każdą razą o godzinie 9 zrana rozpisuje.

Za cenę wywoławczą wyznacza się wartość szacunkową 223119 złr. 4 kr. wal. austriacki, niżej której w pierwszych dwóch terminach dobra te sprzedane nie zostaną.

Każdy chęć kupna mający winien jest przed-

rozpoczęciem licytacy kwotę 22400 złr. w. a. jako

wadym albo w gotówce, albo w listach zastawnych galic. stanowego Towarzystwa kredytowego,

lub banku narodowego w Więdniku, lub w obligacyach indemnizacyjnych galicjaskich lub wreszcie w obligacyach rządowych wraz z należącymi do nich kuponami i talonami według kursu na dniu licytacy w gazecie rządowej Krakowskiej umieszczonego złożyć, która to przez kupującego złożona kwota do depozytu sądowego przyjęta, zaś wady innych współ ofiarujących po skończonej licytacy tymże natychmiast zwrócone zostaną.

Najwięcej ofiarujący obowiązany będzie w prze-

ciagu 30 dni po wejściu w prawomoc uchwały,

mocą której akt licytacy do Sądu przyjęty został, trzecią część ceny kupna do tutejszo-sądownego de-

pozycy złożyć, w której w gotówce złożony zakład po

złożeniu w gotówce 1/3 części ceny kupna zwróco-

nym zostanie.

W razie gdyby te dobra w dwóch pierwszych

terminach w cenie szacunkowej sprzedane być nie

mogły, to na ten wypadek wyznacza się w celu

przesłuchania wierzycieli hypotecznego względem

ustanowienia zwalniających warunków termin na

dzień 30 Marca 1864 o godzinie 4 po południu.

Bliższe warunki licytacy, jako też akt osza-

cowania i wyciąg tabularny w tutejszo-sądownej re-

gistraturze przejrzyć można.

O czém obie strony i wierzycieli tabularnych z mieszkaniem niewiadomym Teodora Klobukowskiego, spadkobiercami Jana Fuchsą, a mianowicie: Kunegundę Heleng dw. im. Mączyńską, Kaźmierę Girtlerą, Józefę Janowską urodz. Girtler, dalej Henryka Brandta, Franciszka i Agatę Bogaczowicę, Teodora Klobowskiego, niemniej wszystkich tych, którzy uchwała licytacy dozwolająca przed terminem doręczoną być nie mogły, lub którzy by

z swimi pretensiemi do dóbr przedziały się mają-

cy, po 19 Czerwca 1863 r. do tabuli krajowej

wiejskiej mieli, przez kuratora p. Adw. Dra. Bandrowskiego z zastępstwem p. Adw. Dra. Rosenbergera i

przez edykt uwiadomia się.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 5 Listopada 1863.

N. 16816. Obwieszczenie. (1127. 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym

edyktem wiadomo czyni, iż p. Konstancja Łazowska przeciw spadkobiercom Marii Pilcowej

mianowicie masie spadkowej leżącej po Piotrze

Łukaszem 2 im. Pilz przez kuratora Dra. Rosenberga, Katarzynie Pilz w Brzezanicach, Henrykowi

Pilz w Adesberg, Marceli Antonine 2 im. z Pilz

Mrozkowej o zapłatę sumy 1000 złr. m. k.

czyli 1050 złr. w. a. z p. n. i uznanie jej likwidalności z ceny kupna realności pod N. 91 w Tarnowie — skarżę wniosła i o pomoc sądową prosiła, w skutek czego termin do wniesienia exceptioni na dzień 28 Stycznia 1864 wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapoznanej Marceli Antoniny

2 imion z Pilz Mrozkowej nie jest wiadomy,

przeznały tutejszy Sąd dla zastępstwa